

Pressemitteilung

Agnes Alpers

11.05.2011

Kinder als populistisches Wahlkampfmanöver?

Die Bildungssenatorin will über eine Verordnung regeln, dass jeder Schüler und jede Schülerin dreimal während der Schulzeit die Schwesterstadt besuchen soll. Dies soll einen Beitrag dazu leisten, das Auseinanderdriften der beiden Städte zu verringern.

„Kurz vor den Wahlen drängt sich der Bildungssenatorin auf, wie gut es doch sei, etwas für unsere Landeskinder und für eine bessere Verbindung beider Städte zu tun. Fast vier Jahre lang war Renate Jürgens-Pieper in diesem Bereich völlig ideenlos, doch vor der Wahl sind die Landeskinder für sie ein gutes Mittel, populistisch aktiv zu werden. Damit die Idee des Austausches umgesetzt wird, soll sie allen verbindlich verordnet werden.“ erklärt Agnes Alpers, Deputierte für Bildung in der Bremer Bürgerschaft von der Fraktion Die Linke und Bremer Bundestagsabgeordnete .

Agnes Alpers weiter: „Gegenseitige Besuche und der Besuch kultureller Einrichtungen, waren und sind gute Ideen, um die Zusammengehörigkeit aller Landeskinder zu verbessern. Diese Ideen sollten noch in viele Richtungen ausgebaut werden. Doch wer wirklich dem Auseinanderdriften der beiden Städte entgegenwirken will, sorgt dafür, dass soziale Teilhabe für alle ermöglicht wird: Fahrkosten und Eintrittspreise sind Hürden, die für viele geregelt sein müssen. Jedes dritte Kind in Bremen und vierzig Prozent aller Kinder in Bremerhaven leben in Armut. Neben der Finanzierung ist es aber auch wichtig, die Beteiligten in die Entwicklungen einzubeziehen und nicht wie die Senatorin eine Verordnung durchzusetzen und allen das Ergebnis über die Presse vorzusetzen. Eine verantwortungsvolle Bildungssenatorin sieht anders aus! Um wen und was geht es der Senatorin wirklich? Sozial nur vor der Wahl reicht eben nicht.“